



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)

582 (14.12.1932) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-371888](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-371888)

Neue Mannheimer Zeitung

Verlagsadresse: Täglich 2 mal außer Sonntag, Bezugspreis: Drei Mark monatlich, 30 Mark 12 Monate, in anderen Bezugsstellen abgeholt, 220, 225, durch die Post 2,70 extra, 90 Pf. Vorbest.-Geh. 75 Pf. Verlagsdirektor: Adolph Heilmann, 12, Kronprinzenstr. 42, Schwanenbr. 42, Bismarckstr. 12, No. 11/12, I. P. Hauptstr. 88, W. Coppenr. Str. 8, So. Seifenstr. 1.

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. L. 4-6. — Fernsprecher: Sammel-Nummer 240 51
Postfach-Konto: Karlsruher Nummer 175 00. — Telegramm-Adresse: Neuausgabe Mannheim

Kapitalienpreis: 20 mm breite Colonische 100, -40, 70 mm breite Colonische 100, 200. Für im Voraus zu bezahlende Familien- und Gelegenheits-Anzeigen besondere Preise. Bei Konten, Besuchen oder Zahlungsverzögerung teurerer Abrechnung. Keine Gewähr für Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für telefonische Beiträge. Geschäftsbereich Mannheim.

Mittag-Ausgabe

Mittwoch, 14. Dezember 1932

143. Jahrgang — Nr. 582

Sturz des Kabinetts Herriot

Die Kammer verweigerte mit 402:187 Stimmen die Zahlung der Schuldenrate an Amerika — Schwierige Regierungsneubildung

Kabinetts Boncour?

Druckausgabe unseres Pariser Korrespondenten
Y Paris, 14. Dez.

Die französische Kammer hat heute früh um 12 Uhr nach einer energiegelassenen Verhandlung die vertragsgemäße Zahlung der Schuldenrate an Amerika abgelehnt und das Kabinetts Herriot mit 402:187 Stimmen gestürzt.

Das Mißtrauensvotum hat trotz der frühen Morgenstunden in der Kammer, wo sich selbstverständlich fast sämtliche Deputierte und zahlreiche Senatoren befanden, ein ungeheures Aufsehen erregt. Es wurde von den zahlreichen ausländischen Journalisten in alle Richtungen der Tribüne berichtet. Der Sturz des Kabinetts Herriot wurde zwar gestern abend schon als unvermeidlich vorausgesehen, aber man hoffte im Stillen, daß im letzten Augenblick doch eine Änderung eintreten würde. Die Folgen des Sturzes sind für Frankreich, so erklärt man bei den amerikanischen Journalisten, in moralischer Hinsicht ungeschwer groß. Die Weigerung Frankreichs, zahlen zu wollen und Kredite, die es während des Krieges zur Fortführung von Amerika erhalten hatte, zurückzahlen, machte einen ungeheuren Eindruck auf die angelsächsischen Völker.

Herriot wird wahrscheinlich im nächsten Kabinetts nicht mehr erscheinen. Das Ministerium wird heute vormittag im den Elisee-Palast begeben, um dem Präsidenten Albert Lebrun die Demission zu überreichen. Über die Nachfolge Herriots werden verschiedene Vermutungen geäußert. Die am meisten verbreitete Ansicht lautet dahin, daß man Paul-Boncour ersuchen wird, die Möglichkeiten einer Kabinettsbildung zu prüfen. Doch der Umstand, daß das Ministerium Herriot von der Rechten, der Mitte und den Sozialisten sowie den Kommunisten gestützt worden ist, gestaltet die Bildung einer neuen Regierung außerordentlich schwierig. Die Möglichkeit eines geschäftsführenden Ministeriums, das vor allem auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes das Budget unter Dach und Fach zu bringen hätte, ist also keineswegs ausgeschlossen. Gestern abend wurde bei der Erörterung der Frage, was nach dem Sturz des Kabinetts Herriot geschehen könnte, bereits eine solche Möglichkeit ins Auge gefaßt. Trotzdem ist es notwendig, für die kommenden wichtigen, diplomatischen Verhandlungen ein Ministerium auf die Beine zu stellen. Der Sturz des Kabinetts Herriot hat daher eine außerordentlich schwierige innerpolitische und außenpolitische Situation hervorgerufen. Trotz alledem haben sich die Radikalen und die Sozialisten nicht im mindesten getrennt, den Präsidenten der Republik vor so außerordentliche Umstände zu stellen.

Die entscheidende Sitzung

In größter Erregung diskutierten sich gestern abend die Reichsbeamten um die Deputiertenkammer. Politische Polizei und Militär überrten die Ordnung. In der Kammer selbst die Worte der Entrüstung über Amerikas Unangenehmlichkeiten, maßlos an und brach in heftigen Kundgebungen hervor. Deputierte, Journalisten, sogar höhere Staatsbeamte erfüllten die Wandelgänge mit ihren lebenslustigen Protesten.

Es gab keinen Menschen, der die Zahlung der Rückstände. In den Auseinandersetzungen wurde Amerika überdies kritisiert.

Wissen kam nach Europa, um mit uns den Friedensvertrag auszuhandeln. Nachdem wir alle unsere Wünsche preisgegeben hatten, lehnte Amerika den Verkauf der Rechte ab. Die Amerikaner arbeiteten seit 1918 an unserer Schwächung. Den Deutschen erließen sie die Zahlungen, und presen sie den letzten Sockel ab. In dieser Tonart wurde über die Vereinigten Staaten gesprochen, denen Frankreich den Erdöl zu verdanken hat.

Was im Stimmengang vor sich ging, interessierte nur wenig, weil die Mehrheit gegen die Zahlung von 100 Millionen an Amerika sicher ist. Man erwartete über 500 Stimmen. Aber das Schicksal der Regierung geriet sich niemand mehr den Kopf. Was nach Herriot kommen soll, beunruhigte die meisten erregten Politiker nicht. Von Paul-Boncour wurde gesprochen, von Daladier oder von einer Regierung, die sich mehr auf die Mitte stützen könnte. Das kein in Amerika blieb jedoch die Forderung.

In der Nacht vom Dienstag auf den Mittwoch sprachen durchweg Gegner der Zahlung. Der nationalistiche Führer Louis Marin, der Parteiführer Boulier leiteten den Regierungspunkt einer bedingten Zahlung ab. Auf den Tribünen klaffte das Publikum weilloh. Um 9 Uhr abends wurde die Sitzung wieder aufgenommen.

Eisenbahnunglück im Güterbahnhof

Zwei Züge raste zusammen - Bisher 7 Tote und 14 Schwerverletzte

Telegraphische Meldung
Paris, 14. Dez.

Am Güterbahnhof bei Vaugrain ereignete sich nachmittag der Verstoß zweier Lokomotiven mit dem Güterzug. Zwei Züge raste zusammen. Der Zusammenstoß war außerordentlich schwer. Bisher sind 7 Tote und 14 Schwerverletzte geborgen. Der Richter hat heute das Güterbahn überlassen und ließ auf den ausführenden Gutshaus zug.

Die beiden elektrischen Lokomotiven fuhren mit voller Macht aufeinander zu und sind vollständig ineinandergerastet. Beide Lokomotivführer sowie der Führer des Güterzuges wurden getötet. Die Lokomotiven, die Lokomotiven und verschiedene Personenzüge sind zertrümmert oder schwer beschädigt. Die Wagen wurden ausnahmslos zerstört, um zu den Leuten und Verletzten zu gelangen. Der Bahnhof Vaugrain ist gesperrt. Der gesamte Eisenbahnverkehr mit Vaugrain wird für mehrere Tage unterbrochen sein. Der Personverkehr wird durch Autos ausgetauscht werden.

Die Aufräumungsarbeiten im Tunnel werden sehr erschwert, weil sich die Trümmer der Lokomotiven und Wagen bis zur Tunneldecke türmen.

Die Schweißapparate sind ununterbrochen in Tätigkeit, um die ineinander gerasteten Eisenstücke zu lösen. Nach dem Zusammenstoß entstand im Tunnel durch Kurzschluß ein Brand, der aber bald gelöscht werden konnte. Die die Eisenbahnspalten Vaugrain mittelst, konnten sämtliche Verunreinigungen in den Kranenbehältern untergebracht werden.

Durch den Zusammenstoß wurden beide Lokomotiven, die Gesandten und zwei Personenzüge zerstört. Die glücklicherweise nur schwach verletzt waren. Die Verletzten wählten Sanitätszüge, Schenkelzüge, Güterzuglokomotiven und Querschnitte auf. Einmalig war es, wie die ununterbrochenen Verletzungen einer nach dem anderen wie aus einer Quelle entströmten aus dem Tunnel wankten. Mehrere hatten einen Herzschlag erlitten. Deshalb der Richter des Richter Kluges das Holzkohle überführt, ist noch nicht geklärt. Die Vaugrain Eisenbahnleitung hat sofort die Unterirdung aufgenommen.

Ein Teil der Verletzten wurde zwei bis drei Stunden unter den Trümmern aufbewahrt; die Rettungsmannschaft konnte nur mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen, weil die Wagen so schwer waren, daß sie jeden Augenblick völlig zusammenbrechen drohten. Die Dunkelheit machte das Rettungswerk im Tunnel noch schwieriger.

Rath Wiedereröffnung der Kammerausfrage am 16. Dez.

Die Berichtiger der Regierung zu Wort. Der radikal-sozialistische Deputierte Chauvin sagte sich mit den Behauptungen seines Vorgesetzten Bernot auseinander. Dieser hatte erklärt, es handele sich um ein privates Schuldverhältnis zwischen Frankreich und Amerika. Da Amerika keinen Schuldner an der Erfüllung seiner Verpflichtungen schuldet habe, verliere es das Recht, die Durchführung der Verpflichtungen zu verlangen. Chauvin stellte unter wählender Urkunde der Kammer fest, daß die Verwirklichung der französischen Zahlungen an Amerika juristisch keine Auslastung, sondern einem internationalen Schiedsgericht unterworfen zu werden. Als der Redner in Verteidigung des Standpunktes Herriots verfuhrte, daß eine französische Zahlung am 15. Dezember Frankreich nicht für die Zukunft schließen werde, beharrte sich die Urkunde im Hause zum

Taktik, und Chauvin war es einige Minuten lang unendlich, sich weigern zu verweigern. Es ist bemerkenswert, in tiefen den Rednerdeputierten zu, daß sie auf diese Weise ihre einseitigen Verpflichtungen ab-

leugnen. Der Redner unterrichtete die drohende Unterbrechung Frankreichs und erneuerte noch einmal, daß der von ihm verteidigte Regierungspunkt nur die Zahlung für den 15. Dezember vorsehe. Die Zukunft bleibe vorbehalten. Frankreich stelle die Bestehen des Schuldverhältnisses als Bedingung. Unter dem natürlichen Gefühl der Kammer schloß Chauvin damit seine Rede und als er sich seinem Platz näherte, wurde er von Herriot herzlich begrüßt. Nach ihm sprach ein anderer radikal-sozialistischer Deputierter Bergeret das Wort, um sich für Herriot einzusetzen.

Herriot unterbrach den Redner und erklärte, daß er selbst lange über ein Schiedsgericht nachgedacht habe. Dies sei aber erst möglich, wenn die Verhandlungen mit dem Vereinigten Staaten fortgesetzt und das Schiedsgerichtsverfahren von beiden Seiten verlangt würde. Wenn wir diese Verhandlungen für den Augenblick aussetzen, so behalten wir sie und doch für die Zukunft vor. Das Schiedsgerichtsverfahren ist eine der wichtigsten Grundlagen der Friedens. Dessen Grundpfeiler Herriots wurde auf der Tribüne und der äußersten Linken lebhaft zugestimmt.

Große Demonstrationen vor der Kammer

Nach einer längeren Unterbrechung der Sitzung erließen der Sozialist Vincent Auriant auf der Rednertribüne. Er kritisierte den Text der Regierungserklärung und setzte sich für den Antrag der Finanz- und Außenkommission der Kammer ein. Die Zahlung bis zur Abklärung von Schuldverhandlungen zu verschieben. Der weitere Verlauf der Aussprache, in der die verschiedenen Redner zu Wort kamen, gestaltete sich sehr lebhaft und unruhig. Um 10 Uhr morgens befiel

Herriot die Tribüne, um unter allgemeiner Spannung eine neue Erklärung abzugeben.

Der französische Botschafter in Washington, Claudel, hatte ihm gestern in einer Note mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung Claudel gegenüber ihre Bereitwilligkeit wiederholt habe, sehr bald die Revision der Schulden und Frage zu fassen. Herriot behauptete die Deputierten, durch ihr Verhalten nicht die Verhandlungen zu gefährden, die die Amerikaner anbieten.

In harter Erregung rief der Ministerpräsident den Reichsdeputierten zu: Ich habe seinerzeit die Ratifizierung der Schuldenabkommen und des Hoover-Memorandum bekämpft. Wenn Sie mich heute kürzen, kürzen Sie damit den Namen, der gesungen ist, Ihre Beschlüsse in die Praxis umzusetzen.

An die Adresse der Sozialisten richtete Herriot die Mahnung, durch ihr Verhalten nicht eine Unterbrechung der französisch-amerikanischen Beziehungen herbeizuführen. Die Erklärung Herriots wurde auf der Tribüne mit heftigem Beifall aufgenommen. Die Deputierten der Rechten mochten erregte Zwischen-

Arbeitsbeschaffung - Winterhilfe

Druckausgabe unseres Berliner Büros
B Berlin, 14. Dez.

Das Kabinetts wird heute u. a. darüber entscheiden, welche Aufgaben und Vollmachten der neue Arbeitsbeschaffungsausschuß Dr. Gereke erhalten soll. Nach den bisherigen Verhandlungen hat es den Anschein, als ob ihm die Befugnis für Stellung und Obhut, sowie der freiwillige Arbeitsdienst nicht direkt unterstellt würden. Es ist offenbar geplant, ihm eine ähnliche Position einzuräumen wie die, über die der Ausschuss für Preisüberwachung Dr. Goerdeler verfügte. Dr. Gereke hatte inzwischen Besprechungen mit den verschiedenen Körperschaften, auch mit dem Reichsverband und den Gewerkschaften.

Gereke plant eine Arbeitsbeschaffung großer Teile durch die öffentliche Hand, vor allem die Gemeindefinanzen und Gemeindeförderung.

Die Kommunen sollen, so etwa ist die Voraussetzung wohl gedacht, die Arbeiten in allen Einzelheiten festlegen und den Geldbedarf angeben. Die Pläne werden dann durch den Arbeitsbeschaffungsausschuß im Einvernehmen mit den Reichsfinanzpräsidenten Dr. Luster, der auch der heutigen Kabinettsitzung beizuhören dürfte, geprüft werden. In erster Linie plant Dr. Gereke offenbar die 600 Millionen reichlichen Steuergutschriften bei der Reichsbankkreditierung zu lassen. Die Gemeindefinanzen sollen dann mit den Kommunen, die ihnen das Recht einfließen und auf 20 Jahre rückzahlbar kreditieren würde, Arbeitsstoffe und Arbeitsbeschäftigungsmöglichkeiten beschaffen.

Ob das Kabinetts diesem Programm in welchem Umfang zustimmen wird, ist freilich noch die Frage. Schon jetzt werden von den verschiedenen Seiten heftige Bedenken erhoben. So äußert der „Vorgänger“ die Befürchtung, daß diese 600 Mil-

Rücktritt der belgischen Regierung

Meldung des Wolff-Büros
Brüssel, 14. Dez.
Ministerpräsident Brocasseville teilte im Kabinetts mit, daß er dem König seine Demission überreichen wird. Damit ist das Kabinetts juristisch getrennt. Eine letzte Amtshandlung war die Entlassung über die Schuldenzahlung an die Vereinigten Staaten. Belgien lehnt danach eine Zahlung ab.

Neue Aufsichtung

Druckausgabe unseres Berliner Büros
B Berlin, 14. Dez.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat gestern ganz überraschend einige Beschlüsse gefaßt, die unter Umständen zur Auflösung des Reichstags führen können. Der Ausschuss hat nicht nur beschlossen, die erste Papenische Notverordnung vom 14. Juni, die Rentenrückführungen und eine Tilgung der Arbeitslosenhilfe vorzulehnen, aufzuheben, er hat auch einen Antrag angenommen, die Prämialische Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zu revidieren. Die Verordnung enthält nicht nur eine Rindenzahlung, sondern auch eine Rindenzahlung. Es ist natürlich ein Ding der Unmöglichkeit, diese Verordnung zu revidieren, weil sich das gesamte Wirtschaftswesen bereits auf diese gesetzlichen Bestimmungen eingestellt hat, so daß geradezu katastrophale Schäden heraufbeschworen würden, wenn man alle diese Bestimmungen wieder rückgängig macht.

In diesem Sinne, daß die Beschlüsse des Haushaltsausschusses für die Regierung keine bindende Kraft haben. Es bleibt nun zunächst einmal abzuwarten, wie sich der Reichstag, wenn er wieder zusammentritt, zu diesen Beschlüssen stellt. Sie werden ihm vom Haushaltsausschuß schriftlich vorgelegt. In der Umgebung der Reichsregierung erklärt man, daß Rückschlüsse auf die Haltung des Reichstagsplanungs durch die Abstimmung im Reichstag noch gar nicht möglich seien. Eine Bekämpfung der Reichstagsbeschlüsse durch das Finanzministerium, wie geplant, wohl gleichbedeutend mit der Auflösung des Reichstags.

Allgemein hatte man erwartet, daß in der Sitzung des Haushaltsausschusses der Reichsfinanzminister einen Heberblick über den Stand der Finanzverhältnisse geben würde. Zur nicht geringen Enttäuschung des Ausschusses war aber Herr von Schwerin-Krosigk nicht erschienen. An seiner Stelle trat der Leiter der Einheitsbildung des Reichsfinanzministeriums, Ministerialrat Köhler, ein, ein vom Ausschuss verlangte Auslassung. Bemerkenswert war, daß der Wunsch der Reichsfinanzminister nach einer Erörterung von Zentrum und Nationalsozialisten nicht unterlagig wurde. Wegen ihrer Stimmen wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, nach dem am den 9. Januar herum — also noch vor dem veranschaulichten Zusammentritt des Plenums — eine finanzpolitische Aussprache stattfinden soll. Der Etat, der in normalen Zeiten immer im Herbst herausgegeben wird, hat die Verhältnisse. Das ist erklärlich, da in die Ausarbeitung des Arbeitsbeschaffungsprogramms erst in den nächsten Tagen bestimmt werden wird. Wie wir hören, beabsichtigt der Reichsfinanzminister sein Verbleiben von der nächsten Sitzung mit dem Dinowald, daß er dem Kabinetts, der am Donnerstag über die Gesamtpolitik sprechen will, nicht vorzuziehen möchte.

Arbeitsbeschaffung - Winterhilfe

Druckausgabe unseres Berliner Büros
B Berlin, 14. Dez.

Das Kabinetts wird heute u. a. darüber entscheiden, welche Aufgaben und Vollmachten der neue Arbeitsbeschaffungsausschuß Dr. Gereke erhalten soll. Nach den bisherigen Verhandlungen hat es den Anschein, als ob ihm die Befugnis für Stellung und Obhut, sowie der freiwillige Arbeitsdienst nicht direkt unterstellt würden. Es ist offenbar geplant, ihm eine ähnliche Position einzuräumen wie die, über die der Ausschuss für Preisüberwachung Dr. Goerdeler verfügte. Dr. Gereke hatte inzwischen Besprechungen mit den verschiedenen Körperschaften, auch mit dem Reichsverband und den Gewerkschaften.

Gereke plant eine Arbeitsbeschaffung großer Teile durch die öffentliche Hand, vor allem die Gemeindefinanzen und Gemeindeförderung.

Die Kommunen sollen, so etwa ist die Voraussetzung wohl gedacht, die Arbeiten in allen Einzelheiten festlegen und den Geldbedarf angeben. Die Pläne werden dann durch den Arbeitsbeschaffungsausschuß im Einvernehmen mit den Reichsfinanzpräsidenten Dr. Luster, der auch der heutigen Kabinettsitzung beizuhören dürfte, geprüft werden. In erster Linie plant Dr. Gereke offenbar die 600 Millionen reichlichen Steuergutschriften bei der Reichsbankkreditierung zu lassen. Die Gemeindefinanzen sollen dann mit den Kommunen, die ihnen das Recht einfließen und auf 20 Jahre rückzahlbar kreditieren würde, Arbeitsstoffe und Arbeitsbeschäftigungsmöglichkeiten beschaffen.

Ob das Kabinetts diesem Programm in welchem Umfang zustimmen wird, ist freilich noch die Frage. Schon jetzt werden von den verschiedenen Seiten heftige Bedenken erhoben. So äußert der „Vorgänger“ die Befürchtung, daß diese 600 Mil-

Badens Finanzlage

14 Millionen Steuerausfall und Mindereinnahmen - Ein neues Fleischsteuergesetz

(Eigener Drahtbericht)

2. Karlsruhe, 14. Dez.

Finanzminister Dr. Willeb hat gestern nachmittag der Presse einen kurzen Bericht über die Verlingerung der Landeseinnahmen im laufenden Etatsjahr. Wesentlich sind die Reichsüberweisungen erheblich unter dem Vorausschlag zurückgeblieben. Seit der Schätzung vom September ist ein neuerlicher Rückgang um 8 Millionen eingetreten, sodass sich der Mangel auf 13,5 Millionen A. ergab, von denen das Land Baden 11 Millionen, die Gemeinden 2,5 Millionen A. zu übernehmen haben. Auch die Einnahmen aus Gebühren und Zirkulationen unternehmen des Staates bleiben weit hinter dem Vorausschlag zurück; so zeigen die Zugsgebühren einen Ausfall von 1,8 Millionen, die Einnahmen aus den Forderungen bleiben um 1,5 Millionen hinter dem Vorausschlag zurück.

Insgesamt beträgt der Ausfall an Reichsüberweisungen und an Mindereinnahmen für die Staatskasse 14 Millionen Mark. Dieser enorme und nicht voranschreitende Rückgang der Einnahmen zwingt die Regierung, neue Einnahmequellen zu erschließen und auf weitere Ersparungen bedacht zu sein.

So lange es zu vermeiden kann, wird sie die Vermögensschiller nicht kürzen, oder sie nicht so veranlassen die Kosten für Umzüge und Dienstreisen der Reichsbediensteten anzunehmen. Die Verschlebung der Gehaltszahlung in anderen Ländern (November- und Dezembergehälter) kam einer Gehaltszahlung von etwa 5 v. H. gleich. Baden hat die Gehaltszahlung nicht verfahren, mit Rücksicht auf das Weihnachtsgeld. Ob es möglich sein wird, den Zahltermin im Dezember, wie Beamtenvereinigungen und Einzelgehälter es anzuregen haben, vor das Weihnachtsgeld zu legen, kann noch nicht gesagt werden. Die Regierung hat von

der Reichsregierung bisher keine Mitteilung darüber erhalten, ob diese die Ueberweisungen nach vor Weihnachten vornehmen wird. Sie sind regelmäßig am 1. d. M. fällig. Soweit sich die Entwicklung im dritten und vierten Vierteljahr übersehen läßt, ist in der Höhe der Ueberweisungen eine gewisse Stabilität erreicht worden, doch wird es vermutlich notwendig sein, zu Ende des Jahres einen

Kredit in der voranschreitlichen Höhe von 1,5 Millionen Mark

anzunehmen. In dieser Lage muß die Regierung jede Möglichkeit der Einnahmevermehrung wahrnehmen und aus diesem Grunde hat sie beschlossen, am heutigen Tag durch Rotterordnung ein Fleischsteuergesetz zu erlassen, das alle bisherigen Vollzugsbeschlüsse außer Kraft setzt und neue Vorschriften gibt. Sie hofft aus dieser Steuer für das laufende Rechnungsjahr eine Einnahme von einer Million Reichsmark zu gewinnen.

Nach dem neuen Gesetz ist Steuerpflichtig, wer Rindfleisch, Schweinefleisch oder Schafschmalz auf eigene Rechnung schlachtet oder schlachten läßt. Steuerfrei sind Schlachtungen von Kalbern bis 30 Kg., Schweinen bis 30 Kg. und Schafen bis 20 Kg. Lebendgewicht, ferner Schlachtungen auf polizeiliche Anordnung. Wenn mehr als ein Viertel des Lebendgewichts durch den Fleischschneider brandhandelt werden, so wird die Steuer bis auf die Hälfte ermäßigt.

Die Schlachtsteuer wird erhoben für ein Stück Rindfleisch mit einem Lebendgewicht von mehr als 120 bis 200 Kg. und für eine Pragerlamm in Höhe von 7 Mk. bei einem Lebendgewicht von mehr als 250 bis 350 Kg., beträgt die Steuer 10 Mk., bei mehr als 350 bis 500 Kg. 16 Mk., bei mehr als 500 bis 600 Kg. 22 Mk., bei mehr als 600 bis 750 Kg. 30 Mk., bei mehr als 750 Kg. 36 Mk. Für ein Kalb mit mehr als 35 bis 50 Kg. Lebendgewicht beträgt die Steuer 8 Mk., bei mehr als 50 bis 120 Kg. 6 Mk. Für

ein Hundgeschweinetes Schwein wird die Steuer auf 2 Mk., im übrigen bei einem Lebendgewicht von mehr als 50 bis 75 Kg. auf 3 Mk., bei mehr als 75 bis 125 Kg. auf 5 Mk., bei mehr als 125 Kg. auf 10 Mk. festgesetzt. Für ein Schaf von mehr als 20 Kg. Lebendgewicht beträgt die Steuer 1,50 Mk.

Fleischverbilligung für Kinderbewilligte

Das Staatsministerium hat beschlossen, zur Verbilligung des Fleisches für Kinderbewilligte einen Betrag bis zu 5000 Mk. im laufenden Jahr unplanmäßig zur Verfügung zu stellen. An dieser Disposition der badischen Regierung haben alle Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenversicherung, sofern Familienangehörige gesammelt werden, ebenso alle von der öffentlichen Fürsorge laufend als Hauptunterstützte in öffentlicher Fürsorge unterhaltene Personen und die Empfänger von Zuschüssen nach dem Reichsversicherungsrecht, soweit sie ausschließlich auf Militärrente und Zulagen angewiesen sind, wenn sie einen eigenen Haushalt führen.

Die Tschechoslowakei zahlt

Meldung des Wolff-Büros

— Washington, 14. Dez.

Staatssekretär Stimson übernahm dem tschechoslowakischen Gesandten die abschließende Antwort auf deren Forderungen, die am 12. Dezember fällige Kriegsschuldentilgung auszulösen. Die Antwort ist im gleichen Sinne gehalten, wie die an England. Der tschechoslowakische Gesandte erklärte, sein Staat werde die am 12. d. M. fallenden 25 Millionen Dollar zahlen, bedürfte aber gleichzeitig der Durchzahlung eines dem Kriegsschuldensystem regelnden Abkommens aus.

Die tschechische Regierung hat gestern beschlossen, ihre am 12. d. M. fallenden Schuldverpflichtungen an die Vereinigten Staaten abzulösen.

Zwischenfall im Repräsentantenhaus

Meldung des Wolff-Büros

— Washington, 14. Dez.

In der gestrigen Sitzung des Repräsentantenhauses kam es zu einem aufregenden Vorfall. Witten in der Verhandlung erlosch sich auf der Publikumstribüne ein Unbekannter, der einen Revolver zog und ihn gegen die Abgeordneten richtete, wobei er schrie, er verlange für einige Minuten das Wort. Der Vorfall hatte auf der Tribüne eine Panik zur Folge; die Besucher flüchteten zum Ausgang und auch mehrere Abgeordnete eilten aus dem Saal heraus. Die Debatte wurde unterbrochen. Nachdem das Haus umringelt den unheimlichen Besucher befehlet ihm den Revolver wegzuwerfen, was ohne Widerpruch geschah. Die Waffe war geladen. Der Unbekannte wurde abgeführt und in Haft genommen.

Bomben in Lody

Meldung des Wolff-Büros

— Warschau, 14. Dez.

Vor dem Wohnquartiergebäude in Lody explodierte eine Bombe, die eine Frau tötete und 17 in die Höhe schickte. Eine zweite Bombe, die vor dem Rathaus gefunden wurde, konnte noch rechtzeitig entschädigt gemacht werden. Die polnische Presse gibt der Vermutung Ausdruck, daß die beiden Bomben von Kommunisten gelegt worden seien.

Feuerschutz in Spanien

Meldung des Wolff-Büros

— Almerie (Spanien), 14. Dez.

Bei dem Dorf Alcala del Júcar löste sich gestern ein gewaltiger Feuerschloß, der in das Dorf hineinrollte und drei Häuser zerstörte. Unter den Trümmern der Gebäude liegen elf Personen bestattet. Zwei von ihnen konnten bisher als Leichen geborgen werden.

tionen vom Reich s. sind perdu an die Gemeinden gegeben und daß die Gemeinden damit ihre Finanzen sanieren würden, wobei anstelle von Arbeitsbeschaffung eine zeitliche Beschäftigung Arbeitsloser hätte. Das aber rührte nicht an den Kern des Arbeitslosenproblems.

Die Frage der Winterhilfe

Man eingehend behandelt und Beschlüsse vorbereitet, so daß mit einer raschen Entscheidung dieser Angelegenheit zu rechnen ist. Es ist u. a. geprüft worden, wie weit die bisher bei der Fleischverbilligung gebrauchte Methode auf andere Lebensmittel und auf Rohstoffe angewendet werden kann. Weiter ist angeregt worden, aus den Vorräten des Reiches Mehl für billigeren Brot an die Erwerbslosen herauszugeben. Immerhin soll das damit verbundene Kostenrisiko vorerst noch gewisse Bedenken hervorrufen haben. Das Reichsamt für Ernährung, das die Sozialdemokraten, wenn ihnen die Entschädigungen des Reiches zur Winterhilfe nicht weit genug gehen sollten, die Einberufung des Reichstages nach vor Weihnachten zu beantragen beabsichtigen. Ob für ein solches Verlangen eine Mehrheit im Reichstag zu finden wäre, würde in erster Linie von den Nationalsozialisten abhängen.

Reichsrat gegen Amnestie?

Drahtbericht unseres Berliner Büros

□ Berlin, 14. Dez.

Wetern wurde der sogenannte geschäftsführende Ausschuss des Reichsrates, dem teils ein Vertreter, Preußens, Bayerns, Württembergs und für die kleineren Länder Herr von Boden angehört, vom Reichskanzler empfangen. Ministerialdirektor Bredt, der Stimmführer Preußens, brachte die Wünsche und Ansichten des Reichsrates zum Ausdruck, worauf Herr von Boden kurz erwiderte. Ein zwanzigjähriger Gedankenaustausch zwischen dem Kaiser und dem Reichsratsvertreter schloß sich an.

In der auf Donnerstag anberaumten Vollversammlung des Reichsrates werden vor allem die Anwesenheitsverträge und das Reichspräsidenten-Stellvertretergesetz behandelt werden. Die vereinbarten Ausschüsse des Reichsrates werden heute nachmittag die Stellung der Länder zur Amnestie und morgen nachmittag zum Stellvertretergesetz feilschen. Voraussichtlich wird in der Vollversammlung Dr. Brauns als neuer Reichsministerminister sich vorstellen.

Im Zusammenhang mit dem Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held beim Reichskanzler haben wir schon angedeutet, daß die Möglichkeit eines Eintrages des Reichsrates gegen die Amnestievorlage durchaus vorhanden sei. Wir haben den Eindruck, daß die Gewißheit eines solchen Vetos noch ferner gerodet ist.

Die bayerische Regierung hat den Einspruch bereits beschlossen und Württemberg und Baden werden sich diesem Schritt wahrscheinlich anschließen.

Das wären 13 Stimmen gegen die Amnestie. Da die vom Reichskanzler im Reichsrat vorgeschlagenen Amnestiebedingungen für den Amnestieantrag stimmen werden, liegt die Entscheidung wieder einmal bei den preussischen Vorkommnissen.

Die Regierung Braun—Christlicher hat gestern nachmittag in den für anstehenden Stimmenden die preussischen Reichsministerien eine mehrstündige Beratung abgehalten, in der neben anderen Angelegenheiten vor allem das Amnestiegesetz behandelt werden ist. Soweit wir unterrichtet sind, hat das die Amnestie des Reichsratsvertreter, die es ja nach dem Votum des Reichsrates in Reichsrat für die vom Reichstag beschlossene Amnestie zu stimmen.

Bertram kehrt nach Australien zurück

— Adelaide (Australien), 14. Dez. Der deutsche Flieger Bertram, dessen Flugzeug vorgestern bei einem Sturzflug beschädigt wurde, beschließt nach Adelaide zurückzufahren, um nachmal den Versuch zu machen, in sieben Tagen von Australien nach England zu fliegen.

Das Nationaltheater plant . . .

Kommende Vorstellungen und Neu-einführungen

Die nächste Premiere des Nationaltheaters ist die der Komödie „Heimkehr des Olympia-Hieroglyph“ von Lindbergh, die unter Regie von Hermann Albert Schroeder am 12. Dezember zur Aufführung kommt. Danach bereitet das Schauspiel die Aufführung der deutschen Tragödie „Die Marcella“ von Paul Strödel. Ferner wird die Komödie „Die Komische Reise“ von Eduard Künze am 15. Januar erfolgt. Schließlich noch im Januar bringt das Schauspiel-Studio des Nationaltheaters das Schillerdrama „Vertrauenstritte“ von Paul Altenberg zur Aufführung.

Für Anfang Januar ist Kurt Wech und sein Ensemble in einem gewöhnlichen Schauspiel mit seiner neuen Komödie „Dr. med. Diab. Practicus“ verpflichtet worden. Als nächster großer klassischer Name Schiller's „König Lear“ Anfang Februar zur Aufführung. Regie: Richard Dornhoff. Nach vor demnächst wird das Gesellschaftsstück „König Lear“ von Schiller's „König Lear“ zur Aufführung gelangen und für die Karnevalstage (aber wird Helmut Weingarten's „Einmal im Jahr“ im Januar) in einer neuen Bearbeitung von Stefan Wolpe mit Musik von Helmut Weingarten verteidigt.

Die Oper ist in den nächsten Wochen vor allem mit den Vorbereitungen zur Feste von Richard Wagner's „Waisengänger“ beschäftigt. Zum ersten Weihnachtsfest erfolgt die Neuinszenierung des „Waisengänger“ unter musikalischer Leitung von Dr. Ernst Kremer und unter Regie von Dr. Richard Heintze. Ferner die gütliche Aufführung der „Waisengänger“ beginnt, wird am zweiten Weihnachtstag „Waisengänger“ in der letzten Aufführung wieder aufgenommen. Ferner gelangen Mitte Januar an einem Abend gemeinsam Reinhold Spiel und Ernst und August „Waisengänger“ zur Aufführung.

Der Wagnerfesttag der Ende Januar bis Mitte Februar im Spielplan erscheint, besteht aus den Werken „Lohengrin“, „Tristan und Isolde“ und „Die Walküre“.

Englische Schulden-Deputation nach Washington

Drahtung an Londoner Vertreter

London, 14. Dez.

In Londoner politischen Kreisen wird der Plan erörtern, nach Renjard eine Deputation englischer Minister nach Washington zu entsenden, um Verhandlungen über die Revision der Kriegsschuldensverträge aufzunehmen. Als wahrscheinliche Mitglieder der Deputation werden genannt Neville Chamberlain, Baldwin und der Handelsminister Macmillan. Vermutlich würde man diesen Schritt als Erfüllung der Weltwirtschaftskonferenz bezeichnen, die dadurch in zwei Teile zerfallen würde, von denen der erste in Washington die Kriegsschuldentragfrage, der zweite in London die allgemeinwirtschaftlichen Fragen behandeln würde.

Was die morgen fällige Rate von 55% Mill. Dollar anlangt, so ist die langwierige englisch-amerikanische Korrespondenz darüber nun abgeschlossen. Auf die schriftliche Erklärung Amerikas hin hat die englische Regierung eingewilligt. Eine Zeitung, die eine kritische Stimmung, und manche Stellen es für möglich, daß die ganze Frage der englischen Zahlungserleichterung nochmals aufgeworfen werden würde. Aber Lord Lytton, der englische Botschafter in Paris, befragt die Regierung in alarmierenden Tönen, nach vor der Pariser Kammerdebatten nachzugehen, daß England trotz der amerikanischen Ablehnung der Bedingungen zu zahlen bereit sei. Das Bestreben, davor in seinem politischen Willensstand zu bleiben, hat die englische Haltung in der Schuldfrage erheblich beeinflusst. Daraus erklärt sich, daß ein englischer Chamberlain trotz der erhaltenden englischen Presse-

stimung gestern nachdrücklich den Standpunkt der Regierung verteidigte, daß

„einerseits an Amerika gesagt werden muß, andererseits aber das Memorandum für die französischen und italienischen Schulden an England weiter bestehen soll.“

In weiten Kreisen des Parlaments, der Presse und vor allen Dingen des breiten Publikums herrscht die Auffassung, daß man von Frankreich die Festlegung der Kriegsschulden verlangen muß, wenn man die Zahlung an Amerika selbst. Diese Haltung dürfte in der deutschen Unterhandlungsdebatte sehr deutlich zum Ausdruck kommen. Die mit allgemeiner Spannung erwartete Debatte wird schon jetzt in der Presse ein Kapitel der Finanzen genannt, da fast sämtliche führenden Persönlichkeiten aller Parteien sich zum Wort gemeldet haben. In Wirklichkeit werden die Titane einander jedoch nur ein Saftgeschloß liefern, da die Regierung die ganze Debatte geschickt auf ein festes Geleis lenkt. Infolge einer Eigenart der Geschäftsordnung wird keine Abstimmung stattfinden, so daß die Regierung nichts zu befürchten hat. Der Premierminister Macdonald wird nicht im Unterhaus anwesend sein können, da er wegen einer schweren Erkrankung das Bett hüten muß. An seiner Stelle wird Schankel Chamberlain die Debatte leiten.

Schankel Chamberlain erklärte auf eine Anfrage im Unterhaus, es sei nach Ansicht der britischen Regierung von größter Bedeutung, daß jetzt keine Entscheidung angenommen werde mit der Wirkung, daß die Abkommen von Louvain nicht rückwärts werden können. Gollisch behauptet die Suspension der Reparationen fort.

Weihnachtsmarkt der Künstler

Porta und Schloss in der Harmonie

Ein rechter Christkindmarkt ist für die Großen und Kleinen in den oberen Räumen der Harmonie aufgebaut. Unter kleine Kinder, lustig gezeichnet, baut behäbig, mit Tannengrün geschmückt, erstreckt sich ein Hof.

Es gibt so vielerlei zu schauen, zu prüfen und für viele ist hier das Nützliche zu finden. Da haben die braungebeizten Pappentafel mit farbigen Kreismustern, recht dazu angehen, schon frühzeitig den Geschmack der kleinen Mädchen zu bilden. Allerlei Toppentafeln verdrängen ein Gefühl der Müdigkeit, trotz winterlicher Kälte. Und für die langen Abende gibt es die trefflich gemalten Bilderbücher mit buntem Anhangsbroschüre, genügt und hängentlich einwandfrei. Gold hundert Feinengewebe ist auf für Schürzen, Kleiderstoffe, Westen verarbeitet, sehr zu empfehlen.

Ein Weibchen ist aufgesetzt, um den Reiter aus Nadelstichlein beim Arbeiten zu sehen. Auch ein Hund erhebt sich in der Ferne; er leidet außerordentlich Dinnel. Er bringt alle Arten, Behälter, durchlöcherter Strümpfe und schon nach zwei Tagen soll da für einen prächtig gemalten Teppich oder eine Tischdecke ab. Das macht Spaß.

Originalmode lassen im Wandhandel liegen auf. Daneben in Jan eingeführt, edelgefärbte Schalen und Perlen; natürlich für recht teures Geld. Da befindet mancher seinen Wunsch mit dem feinsten, feinsten Vorzettel.

Ser nicht gerade nur das Volkliche einfließen, folgt auch in der Welt der Kunst und Plastik. Da hat eine Wandtafel von Koecher, in Italien gemacht, daneben ein kleinerer Tisch, besetzt mit von Kunst; die Gemälde von Schöffel, Dertel und Eimer seien erwähnt. Die einheimische Bildhauerin Maria Racer und ein spanischer Souvenirhändler haben eigene Verkaufstände; auch die Heilige Maria Winter-Dürz zeigt eine lustige Wandtafel farbiger Scherenschnitt.

So könnte man aus der Fülle schöner Dinge noch mancher Fährle herausheben (die bunten Stiefel und -Hosen, die holländische elektrische Sechsecke usw.), aber dann müßte in die Überweisung aus, die jede eifrige Kunstlerin zum Weihnachtsfest hat.

ferner aus einer geschickten Aufführung des „Mann des Abendganges“, dessen letzter Abend „Die Götterdämmerung“ am Vorabend des Erntedankfestes, den 12. Februar in neuer Inszenierung gegeben wird. Musikalische Leitung: Joseph Rosenhöl, Regie: Dr. Richard Heintze. Am gleichen Tage findet eine Gedächtnisfeier für den Meister mit Dr. Bernhard Diebold als Redner statt.

Von der Operette wird zu Schloßherzog Hedwig „König Lear“ in neuer Inszenierung vorbereitet. Musikalische Leitung: Karl Rausch, Regie: Alfred Landers. Ferner hat Intendant Waisch die Operettenrevue „Waisengänger“ von Eduard Künze zur Aufführung erworben, deren Mannheimer Erstaufführung noch im Laufe des Jahres erfolgen wird.

© Gründung eines Schillertheaters in Verona. Nach italienischen Meldungen soll der ehemalige Palast der Capuletti in Verona, dem Schauspiel von „Romeo und Julia“, zu einem Schillertheater-Museum ausgebaut werden. Dieses Museum ist als Zentrale für das gesamte italienische Material über „Romeo und Julia“ gedacht. Hierin kommen Sammlungen von Rollen, Kostümen und Dokumenten aus der Frührenaissance, die zu dem Streit der Capuletti und Montecchi in irgend einem Zusammenhang stehen.

© Eine Richard Wagner-Aufführung in Dresden. Im Juni und Juli kommenden Jahres veranstaltet die Stadt Dresden im Auftrag des neuen Hoftheaters eine Aufführung „Richard Wagner in Dresden“. Die Aufführung soll die Tätigkeit Wagners als Dresdener Hofkapellmeister demonstrieren und gleichzeitig die Entwidlung seiner Kunst während dieser Zeit aufzeigen. Die Verwaltung der Staatstheater, die holländische und holländischen Rundfunkanstalten, das Bundesarchiv und das Hauptarchiv helfen alle Dokumente und Erinnerungen, die auf dieser Epoche beruhen, der Aufführung zur Verfügung. Ferner soll man sich von ausländischen Kreisen leihweise alle Bilder, Dokumente und Erinnerungsgegenstände beschaffen, die mit der Dresdener Tätigkeit Richard Wagners in irgend einer Verbindung stehen.

© Der Gesundheitszustand der Schüler. Während der Gesundheitszustand der deutschen Schüler bisher allgemein als zufriedenstellend angesehen wurde, gehen augenblicklich die Meinungen darüber auseinander. Einerseits wird behauptet, daß keine wesentlichen Unterschiede zu beobachten sind, und andererseits macht man die Feststellung, daß eine allgemeine Zunahme und Verbreitung Platz greift. In 14 Städten höherer Lehranstalten sind nun in dieser Richtung von Medizinern und Physikern gemeldet worden, über die die „Münchener Medizinische Wochenschrift“ berichtet. Am meisten tritt der Gegenstand in dem Untersuchungsstand von Sextanen und Oberprimanern hervor, selbst wenn die stehenden Untersuchungen der Entwidlungsgänge dabei in Rechnung gesetzt werden. Während die Primaner durchaus kräftig entwickelt sind und in nahezu der Hälfte der Fälle den Durchschnitt überlegen, findet man bei den Sextanen eine auffällige Schwäche des Durchschnitte, oft an der unteren Grenze. Die letzte Sextaner-Generation kommt aus dem Jahr 1901, alle aus den Anfängen der Inflation. Was diesen Jahrgang gegenüber den Primanern ferner kennzeichnet, ist die Schwäche der Lungen. Fast überall sind erhebliche Herabsetzungen nachweisbar. Daraus geht hervor, wie nachteilig sich die Inflationswirkung und andere Schäden der Inflationszeit auf die Gesundheit der heranwachsenden Jugend auswirken und mit allen Mitteln einer Verhinderung der Volksschwäche entgegen gearbeitet werden.

© Karl Valentin als Komiker. Der Komiker Karl Valentin hat gemeinsam mit einem bekannten Münchener Autor eine Komödie verfaßt, zu der die Komponisten Rude, Berg und Seifert die Musik lieferten. Die Münchener Komödie, die den Titel „Wie's früher war“ führt, wird im Deutschen Theater in München zur Aufführung gelangen.



Der 'Denkmal doktor'

Ende letzter Woche rückte, wie mitgeteilt, eine ge- heimnisvolle Reinigungsaktion am Kaiser-Wilhelm- Denkmal im Schlosshof an. Es gilt, das Denkmal einer gründlichen Reinigung und Ausbesserung zu unterziehen. Unsere Lust ist bekanntlich reich an un- angenehmen und scharfen Gerüchen. Das Denkmal selbst besteht aus einer Verbindung der Kohlen- säure der Luft mit dem Kupfer, das in der Legierung der Denkmäler enthalten ist. Eine vorläufige all- jährliche Reinigung soll denn auch nicht nur die Schmutzflöhen, sondern auch alle Säuren von den Denkmälern entfernen. Noch im vergangenen Jahr fanden Mannheimer Denkmäler keineswegs unterem Schutz der Stadt, sondern die Pflege und Wartung war einer auswärtigen Firma übertragen worden, die sich auf dem Gebiet der Putz- und Wachsarbeiten und der Denkmalrestaurierung spezialisiert hatte.

Nun haben wir uns auch auf diesem Gebiet selbst- ständig gemacht. Das Hochbauamt hat diese Funktion aus. Der Denkmaldoktor muß aber nicht nur Verschönerungsarbeiten sein, er muß auch als Or- ganisationsfunktion wirken und wie jetzt beim Kaiser-Wilhelm- Denkmal im Schlosshof, abgedrohte Gliedmaßen und Einzelteile kunstgerecht wieder anfügen lassen. Die Bronze- und Erzdenkmäler, die besonders vor dem Schloß zu finden sind, haben wieder einen son- derlichen Reiz. Kalkfleck ist ein Zeichen für die Gefahr der Zerstörung, nicht nur auf die öffentlichen Denkmäler, die in den Schloß der Stadt übergeben sind, sondern auch auf die Steinreliefs, die sich an den älteren Häusern befinden und manchmal schon recht bedrohlich geworden sind. Im Frühjahr wurden verschiedene Steinornamente am Zeughaus ersetzt oder repariert.

Der erste Gast

Die Brücke über den Verbindungskanal, die vor kurzem erneuert wurde, wurde gestern mittag das erste Mal in Betrieb genommen. Gegen 2 Uhr positierte als erstes Schiff der Raddampfer 'Sannegleber VI' der Rorpenner Bergbau AG. Die Brücke, die mit einem Bodenbelag am Vordersteil auf der Werft in Reparatur zu gehen. Die neue Brücke hat sich dabei glänzend bewährt.

Die Leitung des Lehrergesangsvereins

Der Lehrergesangsverein Mannheim. Ludwigschafen wählte in der fünfzehnten ordentlichen Versammlung Rektor Pfennig einstimmig zum ersten und Großkonradmann Schäffl zum zweiten Vorsitzenden. In Ausschüßler Ernst Bach hat man die richtige Persönlichkeit zur Leitung der gesell- schaftlichen Veranstaltungen gefunden. Juristische Berater sind die Rechtsanwältin Dr. Bergdolt und Dr. Weinmann. Der Mitgliedsbeitrag hat sich be- reits auf über 100 Mk. erhöht. Der gemischte Chor soll beibehalten werden. Musikdirektor Ga- ber bleibt vorläufig weiter dirigent. Im nächsten Jahre soll die Triumphtournee endlich abge- schlossen werden. Es ist bei der Lösung, die in dem Beschlusse, den Lehrergesangsverein zu erhalten, gefunden wurde, zu erwarten, daß die angehende Sängervereinigung neuer Blüte zugeführt wird.

„Mein Gott“, sagte ein Fremder auf einer Ge- sellschaft, „was ist das da in der Ecke für eine lange und dünne Person.“ „H“, lächelte sein Gastgeber. „Sie war wirklich lang und dünn — aber jetzt ist sie groß und schlank. Gerade vor einigen Tagen hat sie dreißigtausend Mark geerbt.“

Befreiungen und Ermäßigungen bei der neuen Bürgersteuer

Von Steuerinspektor Dr. Bräuner, Berlin

Für die Bürgersteuer, die im Kalenderjahr 1933 erhoben wird, sind in der neuen Bürgersteuer- verordnung sowie den dazu ergangenen Durchfüh- rungsbestimmungen die näheren Bestimmungen er- lassen. Nachdem in den drei letzten Monaten des Jahres 1932 die Bürgersteuer 1932 entrichtet sein wird, werden die Bürgersteuerzahlungen vom Januar 1933 ab an den festgesetzten monatlichen Fälligkeitstagen in Teilbeträgen zu entrichten sein. Bemessungsgrundlage ist das Einkom- men des Jahres 1931. Änderungen gegenüber der bisherigen Regelung sind vor allem bei der steuerlichen Behandlung der Minderjährigen sowie auch sonst bei Hausfrauen und Hausvätern ein- getreten. Der Ehefrauzuschlag fällt wie bereits für 1932 fort. Anstelle der Freizentrage von bisher 500 Mark treten die Richtsätze der Höchstbeiträge. Bei Einkommensänderungen, für die der Arbeitgeber wieder die Bürgersteuer abführt, ist der steuerfreie Abzug erhöht. Besonders gilt schließlich für Land- und Forstwirte. Die Bürgersteuer 1933 wird von allen natürlichen Personen erhoben, die

2. an dem genannten Tage 18 Jahre alt waren, d. h. vor dem 11. Oktober 1914 geboren sind. Bürgersteuerbeiträge, deren Fälligkeitstag der Steuerpflichtige nicht erlebt, werden nicht erhoben bzw. erlassen.

Die einzelnen Befreiungen und Ermäßigungen Befreit von der Bürgersteuer 1933 sind Per- sonen,

1. die am 10. 10. 1932 vom öffentlichen Wahl- recht ausgeschlossen oder rechtslich in seiner Ausübung behindert waren oder bei denen die Aus- übung des Wahlrechts ruhte; Ausländer rechnen nicht hierzu,

2. die am jeweiligen Fälligkeitstage Arbeits- losen- oder Krisenunterstützung beziehen oder öffentliche Fürsorge genießen oder auch Zusat- zen nach dem Reichsversorgungsgesetz empfangen;

3. Sozialrentner, deren Jahreseinkünfte (wegen der Berechnung veral. unter 2) vorauschät- tlich 600 Mark nicht übersteigen.

Die hiernach Befreiten Personen müssen das Vor- liegen des Befreiungsgrundes nachweisen.

Die allgemeinen Freigrenzen

Befreiung von der Bürgersteuer tritt ein, wenn nach den Verhältnissen am jeweiligen Fälligkeitstage anzunehmen ist, daß die gesamten Jahreseinkünfte 1933 den Betrag nicht übersteigen, den der Steuerpflichtige nach seinem Familienstande vom 1. 1. 1932 im Falle der Hilfsbedürftigkeit von dem zuständigen Fürsorgeverband nach dem am 10. 10. 1932 geltenden Richtsätzen der allge- meinen Fürsorge als Höchstbeitragsunterstützung in einem Jahre erhalten würde. Die Befreiung gilt nicht, wenn das Einkommenvermögen (Betriebs- vermögen, landwirtschaftliches, forstwirtschaftliches, altes Vermögen, Grundvermögen) nach den Einkünften vom 1. Januar 1931 5 000 A über- steigt. Das Vermögen von Ehegatten wird zu- sammengerechnet. Wird der Einkommenz. 1931 nachträglich unter die genannte Grenze gestellt, so muß bei der Gemeinde später Freistellung beantragt werden.

Sind in den Richtsätzen der allgemeinen Fürsorge Richtsätze enthalten, die in dem Für- sorgeverband nach dem Alter und der Zahl der Kin- der abgestuft sind, so kann für jedes Kind des Steuer- pflichtigen, das er unterhält (ohne Rücksicht auf dessen Alter und Gesamtzahl der Kinder), der höchste Kinderzuschlag zugrunde gelegt werden. Be- trägt z. B. der Zuschlag für Kinder unter 6 Jahren 11 A und über 6 Jahre 13 A monatlich, so ist der Betrag von 13 A maßgebend. Für Minder- jährige, die selbständig zur Bürgersteuer heran- gezogen werden, ist nicht ein Kinderzuschlag, sondern der Richtsatz für alleinstehende Per- sonen anzuwenden.

Berechnung der voraussichtlichen Jahreseinkünfte

Die Jahreseinkünfte 1933, nach deren Höhe sich die Heberberechtigung der Frei- grenze richtet, sind die Schätzwerte zu er- mittelnden Jahreseinkünfte im Sinne des Ein- kommensteuergesetzes, wie sie sich voraussichtlich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen vom jeweiligen Fälligkeitstage der einzelnen Bürgersteuerzah- lungen werden. Hierbei kann von dem festgestellten ober- schätzungsweise ermittelten Einkommen des Jahres 1932 abgegangen werden. Bezüglich des Arbeits- lohns wird von dem Lohn abgegangen, der bei der nächsten auf den Fälligkeitstagszeitpunkt folgenden Lohn- zahlung zu entrichten ist. Die Sonderleistungen, der steuerfreie Einkommensanteil und die Familienermä- ßigungen werden nicht abgezogen. Arbeitslohn, Kapi- taleinkünfte, Renten und sonstige wiederkehrende Be-

züge werden mit den Nebeneinkünften angelegt. Die Einkünfte von nicht dauernd getrennt lebenden Ehe- gatten werden zusammenzurechnen.

Für Hauskinder kann Bürgersteuerpflicht gegeben sein, wenn sie am 10. 10. 1932 18 Jahre alt wurden und Arbeitseinkommen beziehen, das selbst- ständig zur Einkommen- bzw. Lohnsteuer heran- gezogen wird. Dies gilt auch für Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, die von den Eltern be- zogen werden. Auch diese Einkünfte sollen als selbst- unabhängiges Einkommen. Sowohl für Hauskinder wie für sonstige Personen, die im Haushalt oder Be- zugs eines anderen eine Arbeitskraft er- leisten, wird, ohne Rücksicht darauf, ob ein Dienst- vertrag besteht, der halbe — früher der ganze — Wert der gemieteten freien Wohnung, Kleidung und sonstigen Vorteile (z. B. Taschengeld) zu den Ein- künften gerechnet. Der volle Wert der freien Woh- nung beträgt nach den amtlichen Sätzen für weibl. Hausangehörige, Verdingte, Verheiratete und son- stige gering bezahlte Arbeiterinnen 25 A, für männ- liche Hausangehörige, Knechte, männliche und weib- liche Gewerbeschülern und angehendenberufsun- gen Personen 40 A monatlich. Erreicht ein Hauskinder also im Betrieb oder Haushalt eine fremde Arbeitskraft, so ist die freie Wohnung mit 250 Mark jährlich anzusetzen. Hinzu kommt ein Zu- schlag für die Kleidung sowie ein etwa gemietetes Taschengeld. Bürgersteuerfreiheit besteht also, wenn die gesamten voraussichtlich im Jahre 1933 bezogen- en Einkünfte des Hauskinder oder der sonstigen Person aus unselbständiger Arbeit, — zu der letz- teren rechnen die oben genannten Zuschläge, — sowie aus etwaiger selbständiger Arbeit den am 10. 10. 1932 maßgebenden Richtsatz der Fürsorge für alleinstehende Personen nicht übersteigt. Anderen- falls sind regelmäßig unter Zugrundelegung der Verträge im Jahre 1931 die allgemeinen Berech- nungsgrundlagen maßgebend.

Ermäßigung auf die Hälfte

Die Bürgersteuer ermäßigt sich für Personen, die 1931 einkommensteuerfrei waren, auf die Hälfte des niedrigen Steuerfuges, sofern das Ein- kommenvermögen nach den Einkünften vom 1. Januar 1931 10 000 A nicht übersteigt. Als ein- kommensteuerfrei in diesem Sinne wird ein Steuerpflichtiger bereits angesehen, wenn er und sein Ehegatte wegen geringen Einkommens zu einem Einkommensteuerbetrage für 1931 tatsächlich

nicht herangezogen worden sind. Werbungskosten, Sonderleistungen, der steuerfreie Einkom- mensanteil, die Familienermäßigungen sowie etwaige Ermäßigungen und Erstat- tungen aus Rechts- oder Billigkeitsgründen werden hier berücksichtigt. Als „einkommensteuer- frei“ in diesem Sinne gelten auch Land- und Forst- wirte, deren gesamte Einkommensteuer abgezogen war, weil sie neben den land- bzw. forstwirtschaft- lichen Einkünften anderer Art von höchstens 1000 A erzielt haben. Der Abgeltungsbetrag darf jedoch 30 A bei weniger als drei Kindern, 50 A bei drei oder vier Kindern, 100 A bei mehr als vier Kindern nicht übersteigen.

Solange sich die Bürgersteuer nicht bereits wegen Einkommensteuerfreiheit im Jahre 1931 auf die Hälfte des niedrigen Steuerfuges ermäßigt, wird sie auf Antrag herabgesetzt, wenn voraussichtlich für 1933 Einkommensteuerfreiheit besteht wird. Auch hier darf das Einkommenvermögen 10 000 A nach den Einkünften 1931 nicht übersteigen. Für die Berechnung der voraussichtlichen Einkünfte gilt das gleiche wie bei der Berechnung der Einkünfte für die Freigrenze.

Abstieg von der Bürgersteuer wegen Einkommen- steuererhöhung

Ist das Einkommen 1932 gegenüber dem Ein- kommen 1931 um mehr als 50 v. H. zurück- gegangen, so wird von der Bürgersteuer 1933 ein Abstieg entsprechend dem über 50 v. H. hinaus- gehenden Hundertsatz vorgenommen. Beträgt z. B. der Rückgang des Einkommens 1932 gegenüber 1931 70 v. H., so ist von der an sich maßgebenden Bürger- steuer ein Abstieg von mindestens 20 v. H. zu machen.

Starke Temperaturumkehr

Die am Sonntag eingeleitete Temperaturumkehr zwischen Schwarzwald und oberbayerischer Tiefebene hat sich so stark ausgebildet, daß am Dienstag die beiderseitigen Höhenwerte der Temperaturen einen Abstand von nicht weniger als 14° auszu- weisen hatten. Die Gegenläufe zwischen der Höchst- temperatur auf dem Schwarzwald mit plus 9° und der Tiefsttemperatur in der Ebene mit minus 5° in Baden-Baden sind also sehr ausgeprägt. Auch der Feldberg liegt mit 8° Höchstwärme gleich hinter dem Schwarzwald. Die Ebene hat sonst 3-4° Abfall, die Höheebene der Saar ebenfalls die gleichen Werte in den Morgenmessungen, wobei neben der abfallenden Luft auch die Ausstrahlung in den klaren Mond- nachten ursächlich mitsprechen. Interessant ist der Weg, auf dem die Warmluft deutlich eindringt. Wäh- rend im Schwarzwald Mittelböen bereits trüb- frei waren, hatte im Norden des Landes der St. n. l. g. h. u. h. zu gleicher Zeit noch 4° Frost. Das Zutreten der Warmluft von Süden und Südwesten her ist also deutlich gekennzeichnet.

Für den Wintersport ist diese Wetterentwic- lung nicht eben günstig. Die Schneedecke hat sich nach Höhenlage und nach eigener Mächtigkeit beträchtlich verringert. Am Feldberggipfel ist die Schneehöhe auf acht Zentimeter zurückgegangen, außerdem bei der Exposition der Voge Höhenhaft geworden. Nebenbei geht es mit anderen freien Hochlagen des ganzen Gebirges. Die schattenseitig liegenden Mulden haben meist niedrigere Temperaturen und mehr Schnee, so Feldberggipfel 15 Zentimeter, aber der Rückgang ist auch da festzustellen und die Gänge hat nachgelassen. Unter etwa 1100 Meter dürfte fahrbarer Schnee kaum mehr anzutreffen sein und in den übrigen Tagen ist der Skifahrer derzeit kein Vergnügen mehr. Die praktische Alpenausfahrt vom Schwarzwald zum Wunderrücken etwas enttäuschend. —el.

Merken Sie sich die Qualitätsbezeichnungen X dünnflüssig u. 2X mittelflüssig

Es sind die startschnellen, kältebeständigen und sparsamen Wintersorten der hochwertigsten, auf der ganzen Welt als unübertroffene Qualitätsmarken geschätzten SHELL AUTOOLE. Ihre Sicherheit gewährleistet die Tatsache:

SHELL AUTOOLE

immer unter Plomben schütz!



Der Mann, der seinen Schatten erschlug

Der Bankbeamte, der heimlich heiratet - Verfolgung durch die frühere Freundin - Aus Verzweiflung niedergeschlagen

Eine so merkwürdige Geschichte hatten die Zuhörer bei einer Verhandlung des Pariser Zivilgerichts gegen einen Beamten der Banque de France noch niemals gehört. Die Freundin des Beamten klagte auf 600 Francs Abfertigung. Wie sie zu ihren Verletzungen kam, die ihr der ehemalige Freund zugefügt hatte, war direkt ein Roman.

Vier Jahre lang hatte der Beamte mit seiner Freundin zusammen gelebt, die ein hübsches, junges und reiches Mädchen war. Eines Morgens ging er von zu Hause weg, mittags fand er vor dem Standesbeamten und heiratete eine andere Frau. In seiner Freundin lagte er am Abend, er müsse auf eine Geschäftsreise und bleibe einige Wochen unterwegs. Dann machte er mit seiner Frau die Hochzeitsreise. Als er zurückkam, schrieb er seiner Freundin, er müsse seine kranke Mutter zu Hause pflegen und könne deshalb nicht mehr zurückkehren.

Der Freundin kam die Sache allmählich verdächtig vor, sie ging der Geschichte nach und kam schließlich darauf, daß der Beamte hinter ihrem Rücken heimlich geheiratet hatte.

Von diesem Moment an, es war vor drei Jahren, folgte die Freundin dem Mann, der sie so schändlich betrogen hatte, wie ein Schatten.

Überall, wo er ging und hand, war seine Freundin zu sehen. Nicht eine Minute ließ sie ihn allein, immer war sie hinter ihm her. Ging er am Morgen von zu Hause auf die Bank, so erwartete ihn die Freundin bereits hinter der Haustür und begleitete ihn. Wollte er ihr entgegen und bis in ein Taxi ein, schnell nahm sich seine Freundin ein anderes Taxi und fuhr hinter ihm her. Am Mittag, wenn er die Bank verließ, um zum Essen nach Hause zu eilen, mußte er sich überhastet in ihrer Begleitung seiner Freundin erdulden. Befragte er am Abend mit seiner Frau ein Theater oder ein Lokal, so konnte er sicher sein, daß neben ihm seine Freundin lag. Niemand richtete ein Wort an ihn. Sie war nur da und horchte ihn an.

So ging es Tag um Tag drei Jahre lang. Keinen Schritt konnte der Beamte wagen, ohne vor sich das spöttische Gesicht seiner Freundin zu sehen. Es wurde ihm verrückt und wollte den Schatten, der ihm auf allen seinen Wegen folgte, unter allen Umständen los sein. Er hat seiner Freundin eine große Summe, wenn sie von ihm ablässe, doch sie lehnte eine solche "Bekehrung" ab und folgte ihm auch in Zukunft bedächtig. Als der Bankbeamte mit seiner Frau auf die Sommerreise ging und im Dezember, erfuhr seine Freundin nach Ablauf in seinem Camp die Freundin und legte sich schlafen. Mindestens fünfmal hat die Frau die Polizei um Schutz gebittet, aber niemals konnte man etwas gegen seinen Schatten tun, denn er verdingt sich nie gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Einmal mußte es schließlich doch zum Eklat kommen. Denn der arme Mann hielt eine solche Verfolgung auf die Dauer nicht aus. Seine Kräfte versagten. Und als er eines Morgens das Haus verließ, um ins Büro zu gehen, und wieder seine Freundin vor sich sehen sah,

rannte er auf sie zu und bearbeitete sie so mit Faustschlägen, daß sie schwerverletzt zu Boden sank.

Wochenlang mußte sie im Krankenbett liegen und nun fordert sie von ihrem Freund die Bezahlung der Arztkosten im Betrage von 600 Francs. Das Gericht konnte nicht sofort zu einem Urteil kommen. Es überlegte, ob der Mann nicht in berechtigter Notwehr gehandelt hätte, als er seinen Schatten, der ihn

verrückt zu machen drohte, mit der Faust niederschlug. Andererseits waren sich die genannten Pariser Richter darin einig, daß der Beamte, der so schändlich an seiner langjährigen Freundin gehandelt hatte, eine empfindliche Strafe verdiene. Das Urteil wird in einigen Tagen schriftlich ausgehört werden.

Erstes Originalbild von der Tsifun-Katastrophe in Japan



Häuser in der japanischen Hafenstadt Yokohama, die von dem Tsifun zerstört wurden

Trompetenferenade eines Gattenmörders

Nach Taten des Königs hat der Major Graf von ... seinen ersten Auftritt in der ... im ... gegeben. Die ... war ... und wurde ...

Für die ... des ... hat der ... in ... eine ... die ... der ...

Die ... wurde ihm ...

Er ...

Im ... hat man wohl noch niemals eine ...

darbietung eines ...

Die ...

Wie er an die ... hat

Ein See verschwindet vor geladenen Gästen

Alle modernen ...

Die ...

Der ...

In dem ...

Es ist jetzt ...

Der ...

Der Pseudodichter vom hohen C

Die ...

Sein ...

Rur die ...

Jah ...

Ein ...

Der Herr „Geheimrat“ spaziert in den Kerker

Rudolf ...

In ...

Später ...

Während ...

Rur wurde ...

Der ...

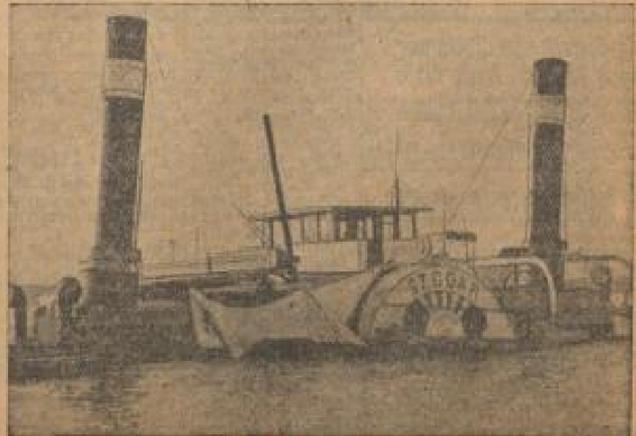
In ...

Das ...

Der älteste Rheindampfer gerammt und gesunken



Zwei Mitarbeiter der ...



Der ...

Kleiner Verlust der Torpedo-Weilwerke

Die Geschäftsjahre der Torpedo-Weilwerke... Kleiner Verlust der Torpedo-Weilwerke...

Die Schrumpfung der deutschen Steuern

Die Hauptziele des Reichshaushaltsgesetzes... Die Schrumpfung der deutschen Steuern...

Wohl... mit dem Haushalt... Die Schrumpfung der deutschen Steuern...

Umwandlung in Tilgungshypothenken

In einem Teil der Gesetzgebung... Umwandlung in Tilgungshypothenken...

Stand der Bahnen... Stand der Bahnen...

Kleiner Verlust der Torpedo-Weilwerke... Kleiner Verlust der Torpedo-Weilwerke...

Erweiterter Pflanzrevision bei den Aktiengesellschaften

In den nächsten Tagen... Erweiterter Pflanzrevision bei den Aktiengesellschaften...

Genehmigung der... Genehmigungsverfahren...

Verkauf von Hapag-Schiffen an Rumänien

Die Hapag-Schiffe... Verkauf von Hapag-Schiffen an Rumänien...

Erweiterung des Produktionsprogramms der amerikanischen Automobilindustrie

Die amerikanische Automobilindustrie... Erweiterung des Produktionsprogramms...

Niederst... Niederst...

Hohe Nachfabrik-Preise

Badische Einschreibungen beendet / Rundfabrik-Einschreibung in Mittelfranken

Die in Baden... Badische Einschreibungen beendet / Rundfabrik-Einschreibung...

Frankfurter Abendbörse abbrückelnd

Die Frankfurter Abendbörse... Frankfurter Abendbörse abbrückelnd...

Börsenindizes

Börsenindizes... Börsenindizes...

Der Kursindex der Rentenpapiere



Plankstädter Tabakschlußverkauf

Der Plankstädter Tabakschlußverkauf... Plankstädter Tabakschlußverkauf...

Erste Reichsbank des Reichs-Exportiers-Bankens

Erste Reichsbank des Reichs-Exportiers-Bankens... Erste Reichsbank...

